

## Materialien und Argumente zur Sondernummer 1-2013

### Kinderarmut und Familienarmut – für eine effiziente Familienpolitik

Seltsam schweigsam sind jene Wissenschaftler, deren Job es eigentlich ist, solche Untersuchungen anzustellen. Die Lehrstuhlinhaber an den Universitäten und jene, die alle paar Jahre im Auftrag der Bundesregierung einen Familienbericht erstellen. Bei den Lehrstuhlinhabern denke ich an Prof. Herweg Birk von der Universität Bielefeld, der mit seinem „ökonomisch-demografischen Paradoxon“ sehr überzeugend dargestellt hat, woran unsere Familienpolitik krankt. Und unvergessen ist der 5. Familienbericht mit seiner prägnanten Formulierung von der „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ der Gesellschaft und der Politik gegenüber den Familien. Als das Ifo-Institut 2005 im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung eine wirtschaftswissenschaftliche Studie über „die fiskalische Bilanz eines Kindes im deutschen Steuer- und Abgabensystem“ vorgelegt hatte mit dem überraschenden Ergebnis, dass pro Kind im Laufe seines Lebens 77.600,- € mehr in die öffentliche Kassen eingezahlt wird, als dieses Kind aus öffentlichen Kassen erhält. Dieses Urteil ist viel vernichtender als die aktuelle Studie über die 200 Mrd. €, die angeblich ineffizient sind und falsche Signale aussenden. Von der Ifo-Studie 2005 hat man kaum etwas gehört, und sie ist auch schwer zu erhalten.

Deshalb ist es grundsätzlich zu begrüßen, wenn es jetzt zu einer öffentlichen Diskussion kommt. Schwieriger ist die Frage zu beantworten, wer in dieser Diskussion wirklich die Sache der Familien und der Kinder vertritt. Die Bundesregierung sieht im Vordergrund leider die Arbeitsmarktpolitik. Wie kann erreicht werden, dass möglichst viele hochqualifizierte Frauen möglichst rasch nach der Geburt eines Kindes dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sorgt sich, „junge Leute könnten sich in der Familie wohlfühlen und nicht mehr bereit sein, sich am Arbeitsmarkt einzufügen“, wie es in einer Stellungnahme von dort heißt. Die Katholische Kirche in Deutschland ignoriert systematisch und mit Absicht die Aussagen des Vatikans, der bereits 1992 eine gleichwertige Bezahlung der erziehenden Mütter, mindestens vergleichbar einer Erwerbsarbeit, fordert. Ihre großen Sozialverbände wie KAB, Kolping, Familienbund und auch der BdKJ sind ganz auf Grundeinkommenskonzepte eingeschwenkt, die Familienarbeit als Arbeit gar nicht wahrnimmt, wahrscheinlich mit verheerenden Folgen für die Frauen, egal, ob sie in Familie oder Erwerbsberuf tätig sind. Das Bistum Trier will nun eine Diözesansynode veranstalten. Bevor hier wieder die klassischen Kirchen-Interna im Vordergrund stehen, sollte man sich dort – auch in Verbindung mit den Existenzproblemen des Saarlandes – mit der Familienpolitik – wie sie im Vatikan konzipiert und gefordert wird – beschäftigen. Jedenfalls muss man das tun, wenn man sich weiterhin auf die Katholische Soziallehre berufen will.

Ich setze da mehr auf meine eigene Profession, die Wirtschaftswissenschaft, dass sie sich zurückbesinnt auf ihren Job und sich nicht einspannen lässt für partikulare Interessen einer gewinnorientierten marktvermittelten Ökonomie, die heute noch 1/6 unserer ökonomischen Welt ausmacht mit der weiteren Tendenz, abzunehmen. So wie einst die Landwirtschaft von 70 % Anteil am Sozialprodukt nun auf nur noch 1 % geschrumpft ist, trotzdem tatsächlich mehr produziert als je zuvor, aber ihre gesellschaftlich dominante Stellung verloren hat, so wird einst in einer allgemeinen Arbeitsgesellschaft auch die Industrie ihre Dominanz verlieren. Und das ist auch gut so!

Die Politik, insbesondere die CDU und insbesondere hier an der Saar, muss mit dem Unfug aufhören, das Heil vom Industriestandort Saar zu erwarten und alle Versuche, darüber hinaus zu denken zu verballhornen mit Bemerkungen wie: „Wir können doch nicht davon leben, dass wir uns gegenseitig die Zehennägel schneiden“. (Josef Hecken, ehemals saarländischer Sozial-, Jugend- und Familienminister)

Wir müssen also etwas grundsätzlicher an das Thema herangehen, damit die allfällige grundlegende Paradigmenwechsel nicht wieder in die falsche Richtung geht. Das grundlegende Problem ist, wie

wollen wir es in Zukunft mit der Familie halten. Frau Leutheuser-Schnarrenberger hat heute in der SZ das Konzept der Vereinbarkeit von Familie und Beruf an den Anfang ihrer Stellungnahme gestellt. Genau da liegt aber der Hund begraben.

Historisch haben wir ja mehrere Modelle der Zuordnung von „Familie“ und „Beruf“, die alle je zu ihrer Zeit zwar schon falsch waren, aber irgendwie funktioniert haben:

Familie statt Beruf: Dieses Modell steckt noch heute in den Köpfen und den Herzen der meisten Männer. Sie allein, die Männer, leisten produktive Arbeit, möglichst in der Industrie (Industriestandort?) und mit ihrem Lohn können sie ihre Frau, die grundsätzlich nicht außerhäusliche tätig ist und ihre Kinder ernähren. (Familienlohnmodell auch der Katholischen Soziallehre, der Vater als Alleinernährer. Der gerechte Lohn ist der, der jeden Mann in die Lage versetzt, eine Familie zu ernähren). Es ist hier nicht der Platz, dieses Modell in seinen Verästelungen im einzelnen zu analysieren. Festzustellen ist, es entspricht nicht dem Selbstverständnis von modernen und gut ausgebildeten Frauen. Es ist insofern ungerecht, als das oberste Sozialprinzip, dazuzugehören, in einer Arbeitsgesellschaft verletzt wird. Es ist auch insofern ungerecht, als 2/3 der produktiven Arbeit in unserer Gesellschaft (Zeitverwendungsstudien des Statistischen Bundesamtes) nicht als Arbeit anerkannt wird und damit auch die sie Leistenden. Diese Arbeit kann auch so nicht mit ihren Bruttoeinkommen zur fiskalischen und sozialen Sicherung unseres Staates und unserer Gesellschaft beitragen. Es lässt sich zeigen, dass mit dem Schwinden der marktvermittelten und gewinnorientierten Arbeit, die bisher allein als Arbeit zählt, unsere Gesellschaft nicht nur vom Aussterben bedroht ist (Kultur des Todes), sondern auch die staatlichen Einnahmen nicht mehr finanzierbar sind. Mit diesem Konzept und dieser Gesellschaft ist in Zukunft „kein Staat mehr zu machen“, oder wie es ein anderer mit anderen Gründen formuliert hat „Deutschland schafft sich ab“.

Nicht zuletzt scheiterte und scheitert dieses Modell daran, dass das Versprechen eines Familienlohnes nie eingelöst worden ist. Als in den 70er Jahren der Familienbund der Katholiken jedes Jahr im Juni die Zahlen vorlegte, was ein Facharbeiter durchschnittlich verdient und welche Ansprüche an Sozialhilfe er bei zwei Kindern und einer gemieteten Wohnung hat, war das Ergebnis, dass er mit dem zweiten Kind die Sozialhilfeschwelle überschreitet. Kämmerer von Kommunen haben uns damals darauf hingewiesen, dass die Kommunen pleite sind, wenn alle ihre Ansprüche realisieren würden. Heute hat die sogenannte Hartz-IV-Reform dafür gesorgt, dass alle im Konzept der „Bedarfsgemeinschaft“ diese Ansprüche realisieren und siehe da: Die Kommunen sind pleite! Das alles hätte man wissen können und müssen, bevor man so etwas als „Reform“ verkauft.

Die UNO hatte in ihrer Menschenrechtserklärung von Teheran 1968 mit der Festschreibung des grundlegenden Rechts der (Ehe-)Paare, frei, verantwortlich und informiert über die Zahl der Kinder und den zeitlichen Abstand ihrer Geburt zu entscheiden, einen politikwirksamen Einstieg in das Spannungsverhältnis zwischen Familienpolitik und Geburtenentwicklung gegeben, der auch zugleich die Grenzen einer auch „bevölkerungsbewussten Familienpolitik“ (Max Wingen) aufgezeigt hat.

Die Frage ist, sind unsere Verhältnisse so, dass junge Menschen diese Entscheidung frei (d.h. auch ohne übermäßige Not und Angst vor der Zukunft) verantwortlich (d. h. ohne Gefahr, dass die Kinder oder ihre Familie insgesamt dann einst in Armut und Aussichtslosigkeit landen) und informiert (auch mit den entsprechenden Bildungschancen auch über die reine Berufsorientierung hinaus) treffen können. Wenn das so wäre, könnten wir voll Vertrauen von der grundsätzlichen Bereitschaft junger Menschen auf Familie und Kinder ausgehen, so dass es langfristig nicht zu einem Aussterben der Gesellschaft kommt. Zur Zeit und schon seit einer ganzen Generation „verlieren“ wir pro Generation nicht nur 1/3 des Nachwuchses, auch die Zahl der Frauen, die Kinder bekommen können, sinkt dabei in jeder Generation um 1/3. Der Prozess würde sich also bei gleichbleibender Geburtenrate zwar im

Moment nicht dramatisch darstellen, aber im Zeitablauf beschleunigen. Auch darüber muss man öffentlich nachdenken dürfen, ohne gleich der „Bevölkerungspolitik“ verdächtigt zu werden.

2. Familie und Beruf: Das ist das Konzept der „Vereinbarkeit von Arbeit und Beruf“ dergestalt, dass alle außerhäuslich erwerbstätig sind, mit einer vollen Erwerbsarbeit auch ihre eigene soziale Sicherung aufbauen können und mit ihren Steuern auch gleichwertig an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben teilhaben. Gesellschaftliche Integration und Anerkennung in der Arbeitsgesellschaft erfolgt ausschließlich über die außerhäusliche Erwerbsarbeit von Männern und Frauen, Familie geschieht grundsätzlich nur ehrenamtlich, auch wenn sie mittels staatlicher Infrastrukturmaßnahmen wie Kitas und Kinderhorte und Ganztagschulen dabei unterstützt bzw. entlastet wird.

Das Konzept scheitert derzeit und in Zukunft noch mehr an dem Problem, dass wir für alle nicht genügend außerhäusliche Erwerbsarbeit organisieren können. Wenn man ehrlich rechnet, entpuppt sich die monatliche Erfolgsmeldung von neuen Rekorden der Erwerbstätigenzahlen als Falschmeldung, es steigt zwar die Zahl der Erwerbstätigen, aber das Arbeitsvolumen geht tendenziell zurück. Zur Zeit kann man in Deutschland von 23 Mio fehlenden Arbeitsplätzen ausgehen, im Saarland sind es 285.000, Wir lügen uns auch in die Tasche, wenn wir meinen, mit diesem Ansatz die gut qualifizierten Frauen dem Arbeitsmarkt zuführen zu können und die Familien dann denen zu überlassen, die weniger qualifiziert sind oder aus nicht-erwerblichen Gründen die Familie für sich vorziehen. Alle diese 23 Mio fehlen uns jetzt schon bei der Finanzierung des sozialen Sicherungssystems und des Staates, die Schuldenbremse wird dadurch scheitern und wir werden uns ab 2016 neue Gedanken machen müssen.

Wir sollten vielleicht damit anfangen, dieses Konzept mit den richtigen Begriffen zu bezeichnen. Es geht um die Vereinbarkeit von häuslicher und außerhäuslicher Erwerbsarbeit. Wer Familie schon begrifflich von der Erwerbsarbeit trennt, bekommt das Problem nicht in den Griff.

Familie als Arbeit. Bleibt jene Lösung, die schon seit Jahrzehnte immer wieder mal in der Literatur erscheint, von den Medien aber bewusst totgeschwiegen wird.

Warum sollen wir nicht die wegfallenden Arbeitsplätze im Bereich der Industrie ersetzen durch solche gleichwertig bezahlten und rechtlich geregelten in der Familie, nicht nur für den Fall der Kindererziehung, auch für den Fall der häuslichen Pflege und auch jene hinzunehmen, die gesellschaftlich wertvolle Arbeit verrichten, wie Studenten und Auszubildende. Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss also zunächst einmal von den Wörtern her richtiggestellt werden. Es geht im Kern um Erwerbsarbeit für alle, also häusliche und außerhäusliche, für alle Männer und Frauen. Vereinbarkeit von häuslicher und außerhäuslicher Erwerbsarbeit kann nur gelingen, wenn die Politik, sprich der Staat, ausreichend Erwerbsarbeit ermöglicht, notfalls sie schafft. Dabei besteht ein Nachholbedarf im Bereich der häuslichen Erwerbsarbeit.

Sie muss in ihrer gesellschaftlichen Wertung gleichgestellt werden, d. h. in unserer Alltagssprache müssten wir diese Arbeit auch wirklich als Arbeit darstellen. Männer und Frauen sollten nicht mehr ungestraft sagen dürfen: Ich arbeite nicht, ich bin zuhause und versorge unsere vier Kinder. Oder: Ich habe nichts gelernt, ich bin (nur) Hausfrau, obwohl sie von ihrer Mutter über Jahre auf diese Tätigkeit vorbereitet wurde und in jahrelanger praktischer Arbeit Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten erworben wurden, die einer Abteilungsleiterin in Industrie und Verwaltung gleichwertig sind. Nur dass sie halt nie geprüft und offiziell bestätigt worden sind.

Sie muss brutto bezahlt werden, damit Menschen in diesem Tätigkeitsbereich auch an Staat und Gesellschaft gleichwertig teilnehmen, d. h. auch als Steuerzahler und Beitragszahler. Sie erwerben einen eigenständigen Anspruch auf soziale Sicherung durch eigene Beiträge. Insofern ist der Hinweis, dass die Mitversicherung von Frauen in der Krankenversicherung Fehlsignale setzt, richtig. Aber wer

das so grundsätzlich kritisiert, muss für die Betroffenen einen besseren Vorschlag machen, und der kann nur sein, Menschen (ich rede bewusst nicht von Frauen) die im häuslichen Erwerbssektor arbeiten in die Lage zu versetzen, selber Steuern und Beiträge zu zahlen.

Es müssen alle berufsbildenden und Berufsbild bildenden Maßnahmen nachgeholt werden, die wir in anderen Sektoren unserer Gesellschaft ganz selbstverständlich haben, angefangen von der tarifpolitischen Gestaltung, einer Familienkammer, die sich um die Entwicklung, Anerkennung und Qualifizierung in neuen Berufsbildern engagiert. Für die jetzt dort tätige Generation sind Konzepte zu entwickeln, wie deren vorhandene Qualifikation und Erfahrung überprüft und einer Anerkennung zugeführt werden können. Es wären Preise auszusetzen für Filmschaffende, Journalisten, Medienvertreter, die diese neuen Felder auch im Bereich der Kunst und in den Medien ihren Platz einräumen.

Es muss zu einem realen (Beschäftigung), monetären (Geldmenge) und fiskalischen (öffentliche Haushalte insgesamt) gesamtwirtschaftlichen gesellschaftlichen Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung kommen. Nur auf dieser Grundlage können wir von einem gerechten Lohn sprechen. Dazu müssen dann auf der Höhe der jetzigen Abgabenquote, die in ihrer Höhe nicht verändert wird, eine Neujustierung der einzelnen Abgaben geschehen, an deren Ende jene

30 % neue Beiträge zur Finanzierung der neuen Einkommen zur Verfügung blieben, die neben dem Wachstumseffekt und dem Wegfall der meisten Anspruchsvoraussetzungen im Sozialbudget diese neue Familienpolitik finanzieren.

Wir könnten also diesen ganzen Wust von 200 Mrd. € bisheriger Familienpolitik streichen, vielleicht auch das Bundesfamilienministerium gleich mit dazu, dass an dieser Entwicklung nicht schuldlos ist, und nur zwei neue Maßnahmen einführen:

Ein Brutto-Einkommen für Erziehung, Pflege, Bildung und Gesundheit in den privaten Familienhaushalten das so hoch bemessen sein muss, dass Männer und Frauen eine echte Wahl haben, ob sie im häuslichen oder außerhäuslichen Erwerbsbereich arbeiten wollen.

Ein bedarfsbezogenes Kindergeld für alle, ohne Bedarfsprüfung.

Wie wäre es, wenn jenseits der aktuellen Parteien und Tarifparteien und herrschenden Medien gesellschaftliche Kräfte ein anerkanntes wirtschaftswissenschaftliches Institut beauftragen würden, eine solche Modellrechnung auf ihre Finanzierbarkeit durchzurechnen. Vorarbeiten liegen vor,

z. B. das Gutachten zur makroökonomischen Simulation eines zusätzlichen Erziehungseinkommens des ZAW in Bonn, das 2002 vom Oswald-von-Nell-Breuning-Haus in Dillingen vorgelegt worden ist. Auch die schon erwähnte Studie des Ifo-Institut hatte 2005 bereits eine ähnliche Studie, nicht mit Blick auf ein Zukunftsmodell, sondern die tatsächliche Situation in der Bundesrepublik analysiert: „Fiskalische Bilanz eines Kindes im deutschen Steuer- und Abgabensystem“. Das Ergebnis: Pro Kind werden im Verlaufe seines Lebens den staatlichen Stellen 77.600,- € mehr zur Verfügung gestellt, als dieses Kind an staatlichen Transfers erhält. Das wäre eine wirtschaftswissenschaftlich korrekte Antwort auf jene angeblichen 200 Mrd. € staatlicher Umverteilung zugunsten der Familien, die tatsächlich in ihr Gegenteil verkehrt wird.

Für das Saarland böten sich zur Finanzierung einer solchen Studie die drei Stiftungen aus dem alten Saarland an (Union, Demokratie und Villa Lessing), die Kreissparkassen, die Saartoto-GmbH, vielleicht in Verbindung mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, die für ein solches Vorhaben spenden. Auch die beiden Kirchen, die einem solchen Modell mit einer Verdoppelung ihrer Kirchensteuereinnahmen rechnen könnten, könnten aus ihren Rücklagen mit beitragen, ohne auf die laufenden Einnahmen angewiesen zu sein.

Mit einem solchen Konzept könnten wir die historischen Versäumnisse aufarbeiten, die zu den heutigen Problemen geführt haben. Auch an sie ist hier zu erinnern:

Der Wendepunkt wäre eigentlich 1957 gewesen, als im Zuge der Rentenreform deren Verfasser (Wilfred Schreiber und Oswald von Nell-Breuning) vorgeschlagen hatten, eine Drei-Generationen-Solidarität einzubauen, d. h. in unserer makroökonomischen Einkommensentstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung neben der erwerbstätigen Generation auch für die alten Menschen und die nachwachsende Generation entsprechende Mittel vorzusehen. Damals soll Bundeskanzler Adenauer gesagt haben: „Kinder werden sie immer haben“ und hat diese dritte Komponente, die Aufzucht der nachwachsenden Generation in unserem Wirtschaftssystem zu berücksichtigen, abgelehnt. Das war ein historischer Fehler größten Ausmaßes. Bis hin in die Kommunalpolitik jammern heute unsere Politiker, dass sie den explodierenden Aufwendungen in der Familien- und Jugendhilfe nicht mehr Herr werden. Kommunalpolitiker wären aber diejenigen, die uns sagen können, was es kostet, wenn statt der Familien der Staat oder von ihm beauftragte Stellen die Erziehung übernehmen. Unbezahlbar!

Wovon leben wir eigentlich?

Machen wir uns noch einmal klar, wovon wir in unserer Gesellschaft tatsächlich leben. Der Staat verpflichtet Eltern gegen hohe Strafen zu einer Rund-um-die-Uhr-Aufsichtspflicht, d. h. 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche, 12 Monate im Jahr, auch im Urlaub, auch bei Krankheit eines Elternteils müssen Eltern bereit stehen, um dem Wohl ihrer Kinder zu dienen.

Seit einigen Jahrzehnten haben wir eine Haushaltsökonomik, die angefangen hat, Familienarbeit unter ökonomischen Aspekten zu analysieren. Die Zeitverwendungsstudien des Statistischen Bundesamtes informieren uns alle 10 Jahre, dass Zweidrittel der produktiven Arbeit in unserer Gesellschaft unbezahlt in den Familienhaushalten geleistet wird. Ziehen wir einmal davon ab, was da an Eigenarbeit und Partnerarbeit mitgezählt worden ist und berücksichtigen nur die gesellschaftlich relevante Erziehungs- und Pflegearbeit in den Familien, dann dürften 1/3 der in unserer Gesellschaft geleisteten produktiven Arbeit zusammenkommen. Diese Arbeit müsste der Staat organisieren und finanzieren, wenn sie nicht von den Familien geleistet würde.

Diese Arbeit wird nach wie vor von den Familien erwartet und nicht bezahlt. Konsequenz dieser seltsamen Festlegung ist, dass für diese Arbeit auch keine Steuern und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden. Umgekehrt muss der Staat, weil Familien mit einem Durchschnittseinkommen und zwei Kindern unter das Existenzminimum sinken, Sozialhilfe zahlen und eine Fülle von Sozialleistungen erbringen, die in dem Bericht mit 200 Mrd. € angegeben werden.

Selbst die deutsche Familiensoziologie geht ja davon aus, damals sei mit den Männern auch die Arbeit aus den Familienhaushalten ausgezogen. Die Männer als die „Alleinernährer“ würden in ihrer Arbeit soviel verdienen, dass sie damit Frau und Kinder ernähren könnten. Und selbst die Katholische Soziallehre, so wie sie in Deutschland sich dann entwickelt hat, hat dieses Modell zur Maxime erhoben. Gerechtfertigt sei der Lohn des Mannes, der ausreicht, seine Familie zu ernähren. Frauen und Mütter kommen da entweder überhaupt nicht vor oder doch nur als Empfängerinnen der Leistungen des Mannes.

Ich habe das immer am augenscheinlichsten erlebt, wenn wir in Seminaren der politischen Bildung mit Familien in der Vorstellungsrunde erlebten, wie die männlichen Arbeiter sich vorstellten: „Ich arbeite im produktiven Sektor meines Unternehmens, von meiner Hände Arbeit lebt auch unser Chef und der Buchhalter und meine Familie“ Und seine Frau stellte sich vor: „Ich arbeite nicht, ich bin zuhause und kümmere mich um unsere vier Kinder“. Nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen der

Zeitverwendungsstudien müssen wir nun sagen, Alleinernährer der Familie waren und sind die Hausfrauen und Mütter, die Männer sind allenfalls Hinzuverdienende.

Machen Sie mal die Probe, und überlegen sich, wenn sie mit dem Einkaufswagen durch den Supermarkt gehen, was von den vielen Sachen, die sie da einkaufen, früher nicht eingekauft, sondern in der Subsistenzwirtschaft selbst erarbeitet werden musste. Außer Zucker und Salz war da nichts, jedenfalls habe ich das noch in meiner eigenen Kindheit so erlebt.

Auch unsere Parteien und ihre Programme leben von dieser männlichen Lebenslüge. Da wird der Industriestandort Saarland zum Dreh- und Angelpunkt, auch wenn jeder weiß, dass angesichts der Wirkungen der Rationalisierung dort die notwendigen Arbeitsplätze nicht mehr entstehen können, ja sogar dürfen und wir uns sinnvollere neue Arbeitsfelder ausdenken müssen.

Diese Sicht war noch halbwegs vermittelbar, solange man davon ausgehen konnte, dass alle halbwegs gesunden Männer und Frauen eine Familie gründeten und Kinder aufzogen, und so sozusagen die dritte Generation mehr oder weniger privat aufzogen. Das heißt, sie haben ihre Nachkommen selber auf eigene Kosten aufgezogen, von denen sie dann erwarten konnten, dass sie später, wenn sie selbst alt und nicht mehr erwerbstätig sein konnten, für sie sorgen. Das funktionierte auch noch in unserem Sozialversicherungssystem, wo durch die Rentenbeiträge z. B. die Renten der aktuell alten Generation aufgebracht werden, die der jetzt aktuell Tätigen Generation aber von deren Kindern erwirtschaftet wird.

Das funktioniert nun nicht mehr bzw. ist auch nicht mehr vermittelbar, weil heute immer größere Anteile von Paaren keine Familie mehr gründen, keine eigenen Kinder großziehen. Sie zahlen auch nichts für ihre eigenen Renten, sondern verlassen sich darauf, dass das die Kinder anderer Eltern tun. Es verwundert etwas, dass diese Erkenntnis, obwohl bereits 2005 vom Ifo-Institut in seinem Gutachten zur fiskalischen Bilanz eines Kindes im deutschen Steuer- und Abgabensystem an ganz zentraler Stelle für die Ungerechtigkeiten unseres Steuer- und Abgabensystems herausgestellt wird, bisher in der Öffentlichkeit kaum beachtet wurde. Das ist auch kein Vorwurf an Kinderlose, die dafür ja nichts können. Mit einem Erziehungseinkommen für die, die Kinder tatsächlich erziehen, finanziert durch Sozialbeiträge von allen, auch den Kinderlosen, wäre das Problem gelöst.

Man kann es drehen und wenden wie man will, es geht kein Weg an der Einsicht vorbei, dass ein gerechtes und ökonomisch funktionierendes System der Generationensolidarität auf diese drei Generationen abstellt, und auch die Kinderlosen mit einbezieht.

Wir müssen grundsätzlich das jetzt politisch favorisierte Modell der sogenannten Vereinbarkeit von Familie und Beruf überdenken. Es ist ja so entstanden, dass wir zunächst die Frauen gar nicht am Arbeitsmarkt haben wollten. Einer der geistigen Urheber der Sozialen Marktwirtschaft, Alexander Rüstow, hat in den 50er Jahren in einer Jahrestagung der Aktionsgemeinschaft „Soziale Marktwirtschaft“ berichtet, dass er lange darüber nachgedacht habe, wie man Frauen die außerhäusliche Erwerbsarbeit gesetzlich verbieten könne. Als man ihnen das außerhäusliche Arbeiten auch ohne die Zustimmung des Mannes erlaubte, geschah das nur unter der Voraussetzung, dass darunter ihre häuslichen Pflichten nicht leiden durften. Auch als dies dann gestrichen wurde, blieb es dabei, dass selbstverständlich die Last der Hausarbeit und der Erziehung und Pflege einseitig bei den Frauen verblieb. Praktisch bedeutet Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis heute, dass weitaus überwiegend die Frauen die Last tragen. Die Diskriminierung der Frauen bei den Löhnen hat ja auch hier ihre Hauptursache, jeder Personalchef weiß was passiert, wenn in einer Familie jemand krank wird oder sonstige Katastrophen eintreten.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist angesichts der Erkenntnisse auch der neuen Haushaltsökonomik nur tatsächlich umsetzbar, wenn häusliche Arbeit in Erziehung und Pflege als

Erwerbsarbeit gesellschaftlich aufgewertet und bezahlt wird, und zwar so, dass dieses Arbeitsfeld auch für Männer attraktiv wird. Wenn dem „Unternehmen Familie“ dann von der Gesellschaft ein Bruttoeinkommen bereitgestellt wird, wenn Kinder zu erziehen oder Angehörige zu pflegen sind, und sie aus diesem Einkommen auch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen, kann die Wahlfreiheit für Männer und Frauen, sich für Arbeit im „Unternehmen Familie“ oder für Arbeit in anderen Unternehmen oder beim Staat tatsächlich umgesetzt werden.

Wir könnten z. B. mit einem Bruttoeinkommen für Erziehung und Pflege und einem wirklich bedarfsgerechten Kindergeld für alle Kinder alle Probleme lösen und den ganzen Wust von familienpolitischen Maßnahmen einfach wegstreichen.

Jedes junge Paar, das sich entscheidet, eine Familie mit Kindern zu gründen, könnte dann sicher sein, auf jeden Fall zwei gleichwertige Einkommen zu beziehen und die Kosten, die Kinder über diese Arbeit hinaus noch verursachen, würden ihnen ersetzt. Dann bleibt noch eine ganze Menge bei dem jungen Paar, das rund um die Uhr seiner Aufsichts- und Erziehungspflicht nachkommen muss. Aber es könnte sicher sein, von der Gesellschaft nicht im Stich gelassen zu sein. Und die Arbeit in der Familie wäre in einer Arbeitsgesellschaft als gleichwertig anerkannt und damit der Mensch, der sie verrichtet.

Und wir könnten damit das eigentliche gesellschaftliche Problem vernünftig auffangen, dass in der Bundesrepublik ca. 23 Mio Menschen, wenn man es auf Vollarbeitsäquivalente hochrechnet, zur Zeit ohne Arbeit sind. Davon wenigstens 21 Millionen in Arbeit, d. h. als Steuer- und Beitragszahler, gleichzeitig könnten wir 200 Mrd. an bisherigen Familienleistungen des Staates einsparen, bzw. in die Finanzierung eines solchen Modells einbringen.

Schauen wir uns die grundlegenden Probleme unserer Gesellschaft mit einem solchen neuen Denken und Rechenmodell an, können wir unschwer erkennen, dass wir damit wieder Zukunft und Perspektiven für die Zukunft gewinnen:

- Die Demografieproblematik: Wir können unter diesen Voraussetzungen darauf vertrauen, dass sich unsere nachwachsende Generation wieder nach Familie sehnt und mit Kindern glücklich werden will, auch wenn der Vorstand der Bundesvereinigung der Arbeitgeber das nicht möchte aus Angst, die jungen Leute würden sich in der Familie dann wohlfühlen und nicht mehr bereit sein, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen.
- Die Staatsschuldenkrise: Es geht ökonomisch gesprochen um ein reales, monetäres und fiskalisches Gesamtgleichgewicht unserer Volkswirtschaft bei Vollbeschäftigung. Nur die dort entstehenden Einkommen sind gerechte Einkommen. Mit ca. 21 Mio zusätzlichen Steuer- und Beitragszahlern in die Sozialversicherung sind die Ziele der Schuldenbremse ab sofort umsetzbar, allerdings über Wachstum und Beseitigung der Anspruchsvoraussetzungen für Sozialleistungen.
- Die Kontinuität und Nachhaltigkeit unseres Sozialen Sicherungssystems, in dem alle Menschen im erwerbsfähigen Alter sich eine eigenständige soziale Absicherung erwerben, also keine vom Partner abgeleiteten Ansprüche mehr das System und die Beziehungen belasten. Und durch die Ergänzung des bestehenden Systems durch eine bei der Bundesagentur für Arbeit angesiedelte Familienkasse, die sich ausschließlich über Beiträge finanziert, können auch die Kinderlosen ihren Beitrag zu ihrer eigenen Rente leisten.
- Der Klimawandel könnte gerade in den industrialisierten Ländern durch Rücknahme des Industriesektors und Wachstum in weichen Feldern eine andere Richtung bekommen, vor allem wenn damit gleichzeitig auch die Exportüberschüsse, die langsam auch zur politischen Belastungsprobe werden, reduziert werden könnten.

Mettlach, den 2. Februar 2013

Hans Ludwig